

Kieler Thesen der F.D.P. zur „Wirtschaft im sozialen Rechtsstaat“, 1977

(...)

Erster Abschnitt:

Sozialstaat als Auftrag

These 1

Materielle Erfüllung der Freiheits- und Teilhaberechte

Nach Auffassung des sozialen Liberalismus obliegt es dem Staat, die Bedingungen für eine menschenwürdige Existenz zu sichern, die gesellschaftliche Erfüllung formal garantierter individueller Freiheits- und Teilhaberechte zu eröffnen und die für die verfassungsmäßige Ordnung wesentlichen Gestaltungsprinzipien zu garantieren. Daher ist der Staat verpflichtet, seine Handlungen in allen seinen Wirkungsbereichen an diesen Zielen zu orientieren.

Ein Minimum staatlichen Einflusses bedeutet keineswegs immer ein Maximum an Freiheit für den einzelnen. Andererseits führt mehr staatlicher Einfluß auch keineswegs immer zu mehr Freiheit der Bürger. Unbegrenzte und ungebundene Wahrnehmung von staatlichen Aufgaben oder ein Selbstverständnis des Staates als Heilsbringer können äußerst gefährliche Mittel illegitimer Machtausübung sein.

These 2

Leistungsprinzip und Existenzsicherung

Grundlage liberaler Wirtschaftspolitik ist die persönliche Leistungsbereitschaft. Die Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes verpflichtet den Staat, in Übereinstimmung mit der Freiheitsgarantie der Grundrechte, dem einzelnen eine gleiche Bildungschance und eine Mindestposition für seine soziale Sicherung zu garantieren. Dies darf Leistungsbereitschaft und persönliche Initiative nicht beeinträchtigen. (...)

Zweiter Abschnitt:

Leitlinien liberaler sozial verpflichteter Wirtschaftspolitik

These 1

Liberaler Wirtschaftspolitik erweitert Freiräume

Liberaler Wirtschaftspolitik dient allen Bürgern; sie ist nicht auf Gruppeninteressen und Privilegien ausgerichtet. Die persönliche Freiheit aller Bürger, ihre Entscheidungsfreiheit und ihre Möglichkeiten, sich selbst zu verwirklichen, müssen erhalten, neue Freiheitsräume geschaffen werden. Liberaler Wirtschaftspolitik mißt daher Eigenverantwortung und Eigeninitiative besondere Bedeutung zu.

These 2

Liberaler Wirtschaftspolitik schafft Chancengleichheit

Für die Liberalen bedeuten gleiche Bürgerrechte auch gleiche Chancen der Teilnahme am Wirtschaftsleben. Gleiche Chancen führen nicht automatisch zu gleichen Ergebnissen. Bei gleichen Chancen der Teilnahme am Wirtschaftsleben ist liberaler Politik darauf gerichtet, daß die Leistung des Bürgers sich lohnt. Privilegien müssen beseitigt werden.

These 3

Liberaler Wirtschaftspolitik nutzt den Wettbewerb der Ideen

Die Entscheidung der Liberalen für Wettbewerb im ökonomischen Bereich ist nicht nur eine Entscheidung für ein Organisationsprinzip der Wirtschaft, das dem einzelnen größtmögliche Freiheit einräumt. Sie beruht auch auf der Überzeugung, daß überwiegend in der Spontaneität des Wettbewerbs vieler – und sei er auch unvollkommen – effizientere und bessere Lösungen gefunden werden als bei der Zentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungen oder autoritären Entscheidungsstrukturen.

These 4

Grundlagen liberaler Wirtschaftspolitik sind Markt und Wettbewerb, soweit sie Freiheit verwirklichen

Im Markt richtet sich das Angebot an Gütern und Dienstleistungen grundsätzlich am Bedarf der Verbraucher aus. Wir kennen kein leistungsfähigeres System für die Versorgung der Verbraucher. Aber nur bei funktionierendem Wettbewerb werden die Produktionsfaktoren über den Markt in die produktivsten Verwendungen gelenkt. Er gibt Ansporn zur Erforschung und Einführung neuer Produkte und Produktionsfaktoren über den Markt in die produktivsten Verwendungen gelenkt. Er gibt Ansporn zur Erforschung und Einführung neuer Produkte und Produktionsverfahren und beschleunigt den technischen Fortschritt. Deshalb ist es die Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik, ständig für wirksamen Wettbewerb zu sorgen.

Der Sanktionsmechanismus des Marktes bewirkt, daß Unternehmen, die an den Verbraucherwünschen vorbei produzieren, Verluste erleiden und schließlich aus dem Markt ausscheiden müssen. Es sind die Bindung von Gewinnchance und Verlustrisiko an die Befriedigung der Verbraucherbedürfnisse und die Koppelung von Eigentum und Haftung, die ein freies Unternehmertum und privates Eigentum an Produktionsmitteln gesellschaftlich legitimieren. Der funktionierende Wettbewerb im Markt ist ein nichtautoritäres System der Kontrolle wirtschaftlicher Macht.

Überall dort, wo die Ziele einer liberalen Gesellschaft wie größtmögliche und gleichberechtigte Freiheit und Sicherheit, Wohlfahrt und Gerechtigkeit für alle Bürger nicht mittels der Eigengesetzlichkeit des Marktes erreicht werden können, bedarf es verstärkter Rahmenseetzungen durch den Staat. (...)

These 10

Es gibt Grenzen der "Machbarkeit"

Die Liberalen sind sich bewußt, daß der Wirtschaftsablauf in einer Wirtschaft mit relativ großen individuellen Freiheitsräumen und starker internationaler Verflechtung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen nur in Grenzen „machbar“ ist. Ebenso wenig verkennen sie die Schwierigkeiten konjunkturpolitischer Steuerung, die auf Reibungsverlusten innerhalb des föderalistischen Systems, auf überzogenen Verteilungsansprüchen aller sozialer Gruppen oder auf Prognoseproblemen beruhen oder dadurch entstehen, daß Instrumente der Globalsteuerung aus politischer Opportunität oder unter dem Druck von Interessengruppen nicht rechtzeitig, nicht angemessen oder überhaupt nicht eingesetzt werden.

These 11

Abstimmung von Konjunkturpolitik, Ordnungs- und Strukturpolitik

Die Liberalen halten eine Abstimmung von Konjunkturpolitik, Ordnungs- und Strukturpolitik aller öffentlichen Hände für notwendig. Sie wenden sich gegen einen generell nach Branchen oder Regionen differenzierten Einsatz des konjunkturpolitischen Instrumentariums. Dieser ist nicht nur „technisch“ schwierig, er stellt auch den Erfolg der Konjunkturpolitik in Frage. Zeigen sich im Konjunkturverlauf spezifische Probleme einzelner Branchen und Regionen, so müssen diese vorrangig von der Strukturpolitik, der Sozialpolitik oder der Regionalpolitik aufgegriffen werden.

These 12

Steuerung der Strukturen über den Markt

Die Steuerung der Strukturen und des strukturellen Wandels erfolgt grundsätzlich über den Markt, der den Wandel in den Bedürfnissen der Konsumenten in der Regel am besten widerspiegelt. Aufgabe des Staates ist es, die Rahmenbedingungen für diesen Prozeß zu setzen und auch diejenigen Faktoren dabei zu berücksichtigen, die nicht oder nur ungenügend über den Markt zur Geltung kommen (z. B. Umweltschutz, Infrastruktur oder die Nachfrage späterer Generationen nach Ressourcen).

Liberaler Strukturpolitik hält die Wirtschaft für Strukturänderungen offen und unterstützt ihre Flexibilität. Dazu gehört es, die regionale und berufliche Mobilität der Arbeitnehmer – insbesondere durch eine breite Grundausbildung und durch ein ausreichendes Angebot an Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten – zu fördern und den Kapitalmarkt funktionsfähig zu erhalten. Auch die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation trägt dazu bei, Aktion und Reaktion im Strukturwandel zu erleichtern.

These 13

Anpassungssubventionen als letztes Mittel

Daß einzelne Wirtschaftszweige im Strukturwandel schrumpfen und sogar einzelne Unternehmen aus dem Markt ausscheiden, ist ein normaler Vorgang und grundsätzlich kein Anlaß, die Spielregeln des Marktes außer Kraft zu setzen. Die Liberalen halten staatliche Anpassungssubventionen für ein erst nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Selbsthilfe einzusetzendes Mittel, um auf diese Weise soziale Härten als Folge des Strukturwandels zu mildern.

Anpassungshilfen müssen aber von vornherein zeitlich befristet und möglichst degressiv gestaltet sein, damit die Motivation zur Anpassung erhalten bleibt und keine auf die Dauer nicht mehr wettbewerbsfähigen Strukturen zementiert werden. (...)

Dritter Abschnitt:

Wirtschaftswachstum aus liberaler Sicht

These 1

Wirtschaftswachstum ist notwendig

Liberaler Wirtschaftspolitik hält Wirtschaftswachstum für notwendig, um den Lebenswert für alle Bürger zu erhöhen und dauerhaft zu sichern. Nur bei realem Wachstum können das Netz der sozialen Sicherung, die Erfüllung der staatlichen Aufgaben, die Solidarität mit den Partnern in Europa und die Leistungen gegenüber Ländern der Dritten Welt gesichert werden, ohne den erreichten Lebensstandard der Bürger erheblich zu beschneiden. Nur bei Wachstum kann der Strukturwandel in der Wirtschaft ohne sozial unerträgliche Auswirkungen bewältigt werden.

Liberaler Wirtschaftspolitik richtet sich nicht einseitig an Bruttosozialprodukt-Wachstum und rein materiell verstandenem Wohlstand aus. Die Bewertung wirtschaftlichen Wachstums muß auch an sozialen Indikatoren und qualitativen Maßstäben wie Umweltverträglichkeit, verstärkt sparsamem Umgang mit Rohstoffen und Energie, humaneren Arbeitsbedingungen, Schutz des Verbrauchers sowie an der gerechteren Verteilung der Zuwächse erfolgen.

These 2

Marktgesteuertes Wachstum bei qualitativer Rahmensetzung durch den Staat

Liberaler Wirtschaftspolitik sieht Wirtschaftswachstum grundsätzlich als Ergebnis des Marktprozesses an. In einer auf dezentralen Entscheidungen beruhenden Wirtschaftsordnung kann der Staat allein die Höhe und Struktur des Wachstums grundsätzlich nicht bestimmen, allerdings kann er den Wachstumspfad durch wachstumsfördernde und entsprechend den qualitativen Vorstellungen den Wachstumsprozeß strukturierende Rahmenbedingungen beeinflussen. Liberaler Wirtschaftspolitik baut Wachstumshemmnisse ab, beseitigt durch gezielte Investitionshilfen die Engpässe für den Wachstumsprozeß und fördert die privaten Investitionen durch wachstumspolitische Vorsorgeinvestitionen im öffentlichen Bereich.

These 3

Wachstum braucht Umweltschutz

Das Recht des einzelnen auf eine menschenwürdige Umwelt als Voraussetzung seiner Entfaltung erfordert eine konsequente liberale Umwelt- und Ressourcenpolitik. Umweltpolitik darf nicht nur reaktiv auf eingetretene Schäden antworten. Sie muß zur konjunkturunabhängigen Daueraufgabe werden. Dem Verursacherprinzip ist verstärkt Geltung zu verschaffen.

Die aus dem Umweltschutz entstehenden Erfordernisse müssen integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik sein. In der liberalen Wirtschaftspolitik sind die Schonung von Luft, Wasser und Boden sowie eine Eingrenzung von Lärmbelästigung und ein sparsamer Umgang mit Rohstoffen und Energie kein „sozialer Luxus“, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit zur Sicherung des Lebenswertes der zukünftigen Generationen.

Das Umweltproblem ist keine Besonderheit des Wirtschaftssystems in der Bundesrepublik, sondern system-unabhängige Begleiterscheinung der Industrialisierung. (. . .)

Vierter Abschnitt:

Vollbeschäftigung aus liberaler Sicht

These 1

Vollbeschäftigung schafft Unabhängigkeit und Wohlstand

Unverzichtbares und in der gegenwärtigen Lage vorrangiges Ziel liberaler Wirtschaftspolitik ist es, Vollbeschäftigung zu erreichen und dauerhaft zu sichern. Für die meisten Menschen ist Arbeit die einzige oder wichtigste Möglichkeit, in eigener Verantwortung ihre Existenz zu sichern. Ihre Arbeit verschafft ihnen die materielle Grundlage, ihr Leben in persönlicher Unabhängigkeit und sozialer Sicherheit selbst zu gestalten. Sie bietet ihnen die Möglichkeit, sich durch Entfaltung ihrer individuellen und sozialen Fähigkeiten selbst zu verwirklichen und die Gemeinschaft mit zu formen. Es genügt darum nicht, Menschen ohne Arbeit lediglich finanziell zu sichern; liberales Ziel ist es vielmehr, dem Arbeitssuchenden Arbeit anzubieten, die ihm persönliche Unabhängigkeit und soziale Sicherheit gibt.

Aber auch nichterwerbsorientierte soziale Aktivitäten haben hohe ethische Bedeutung und sind von großem gesellschaftspolitischem Wert. Sie werden daher von den Liberalen unterstützt. Dazu gehört es auch, jedem Jugendlichen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Dabei werden von der F.D.P. Wege, die dieses Arbeitsmarktproblem im europäischen Rahmen zu lösen suchen, bevorzugt. Die notwendige staatliche Beschäftigungspolitik muß von der Tarifautonomie der Tarifparteien ausgehen. Lohn- und Sozialkostensteigerungen über den Produktivitätszuwachs gefährden Arbeitsplätze. (...)

These 3

Vollbeschäftigung braucht Wachstum der Produktion

Liberaler Beschäftigungspolitik zielt als Wachstumspolitik primär auf eine Ausweitung des Arbeitsplatzangebots. Sie baut dabei grundsätzlich auf die Expansionskraft des marktwirtschaftlichen Systems. Die Liberalen sehen daher einen wichtigen Bestandteil der Vollbeschäftigungspolitik darin, die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft zu erhalten, Anpassungshemmnisse abzubauen und die Mobilität der Arbeitskräfte und des Faktors Kapital zu erhöhen.

Zur langfristigen Erhöhung des Arbeitsplatzangebots ist ein Wachstum notwendig, das sich innerhalb des marktbedingten Strukturwandels bewegt, das heißt, auf wettbewerbsfähigen Kapazitäten beruht. Es ist daher vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die private Investitionstätigkeit durch die Gewährleistung stabiler Rahmenbedingungen sowie durch vorzugsweise steuerliche Forschungs-, Entwicklungs- und Innovations-Anreize zu sichern.

Die Probleme der hohen, vor allem strukturell bedingten Arbeitslosigkeit und die notwendige Schaffung von über einer Million zusätzlicher Arbeitsplätze für die starken Jahrgänge bis 1985 lassen sich mit den zu erwartenden Wachstumsraten voraussichtlich allein nicht mehr lösen.

Deshalb muß liberaler Beschäftigungspolitik eine beschäftigungsintensive Wachstumspolitik, die auf wettbewerbsfähigen Produktions- und Arbeitsplatzkapazitäten beruhen muß, anstreben. Sie muß dabei neue und gegebenenfalls unbequeme Wege der gezielten Wirtschaftsstrukturpolitik, Forschungs- und Innovationsförderung, Nachfragebelebung und Arbeitsmarktpolitik gehen. (. . .)

Sechster Abschnitt:

Einkommens- und Vermögensverteilung aus liberaler Sicht

These 1

Leistung und Verteilung im Sozialstaat

Für die Liberalen wird die Gerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung durch die Leistungs-bezogenheit und durch das Sozialstaatsprinzip bestimmt. Leistung muß sich lohnen. Es muß aber auch jedem Bürger eine gleiche Chance geboten werden, Leistung zu erbringen.

Eine dem Sozialstaatsprinzip verpflichtete Verteilungspolitik sorgt weiter dafür, daß die marktmäßige Einkommensdifferenzierung nicht zu gesellschaftspolitisch unerträglichen Spannungen führt.

These 2

Macht und Verteilung

Die Liberalen setzen sich dafür ein, daß die leistungsgerechte Verteilung nicht durch Marktmacht verzerrt wird. Sie werden dafür sorgen, daß der Zugang zum Markt für alle Bürger erhalten bleibt und daß dem Bürger nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß eine sozial gerechte Lebensgrundlage erhalten bleibt. (...)

These 4

Vermögensbildung als Aufgabe

Freiheit braucht Eigentum. Eigentum schafft Freiheit. Liberaler Verteilungspolitik tritt für eine Förderung der Vermögensbildung zur Entschärfung der Einkommensverteilung ein. Erst durch breite Vermögensbildung wird freie Eigentumsordnung menschenwürdig und glaubhaft. (. . .)

Quelle: Archiv des Liberalismus, Gummersbach